Die Verantwortung für die Geschichte entscheidet über die Zukunft: Über den Konflikt um eine Gräberstätte mit sowjetischen Opfern in Bremen als Exempel für Verdrängung und Aufklärung hat **Bernhard Trautvetter** mit **Ekkehard Lentz** vom Bremer Friedensforum gesprochen.

Ekkehard Lentz ist Sprecher des Bremer Friedensforums und Mit-Autor der Stellungnahme zum Gräberfeld sowjetischer Naziopfer (sogenannter “Russenfriedhof”) in Bremen-Oslebshausen, auf dem eine Bahnwerkstatt errichtet werden soll.

Herr Lentz, Sie haben, wie der „Spiegel“ Ende Juni berichtete, gemeinsam mit Dieter Winge von der Bremer “Bürgerinitiative Oslebshausen und umzu” eine Stellungnahme verfasst, die bundesweite Aufmerksamkeit hervorrief; in Bremen führte Ihre Initiative zu einer archäologischen Grabung in Bremen-Oslebshausen.[1] Was von Bremen aus hohe Wellen schlägt, ist von grundsätzlicher Bedeutung. Das Verhältnis Deutschlands zu Russland hängt seit der Befreiung vom Faschismus damit zusammen, dass Russland, damals die Sowjetunion, unter dem von Nazi-Deutschland ausgelösten Krieg so gelitten hat wie kein anderer Staat. Wie kam es nach so langer Zeit zu den aktuellen Auseinandersetzungen?

Ekkehard Lentz: Wir hörten von den Planungen, das Gräberfeld für eine Bahnwerkstatt zu verkaufen, und interessierte Mitbürger sprachen mich an, dass hier unbedingt geprüft werden müsse, was mit dem dortigen 20.000 Quadratmeter großen sogenannten “Russenfriedhof” geschehen sollte. Bislang gab es ja Planungen, dass hier eine “Grüne Pufferzone” insbesondere für die Menschen in der nahegelegenen Großwohnanlage “Wohlers Eichen” eingerichtet werden sollte. Bei unserer Recherche stießen wir auf die exzellenten Arbeiten des Historikers Peter-Michael Meiners und auf das russische Archiv MEMORIAL. In einer sehr aufwändigen Recherche identifizierten wir zunächst 116 Namen, die nachweislich nicht auf den Friedhof Osterholz umgebettet wurden. Mittlerweile haben wir über 300 Namen zusammengetragen und wir recherchieren weiter.[2]

Das Grundstück steht ja im Eigentum der Stadt Bremen. Wie kann es sein, dass die Stadt von diesen historischen Zusammenhängen nichts wusste?

Da müssen Sie die Verantwortlichen im Bremer Senat zu befragen. Noch im August 1947 wollte der Senat in Oslebshausen einen Ehrenfriedhof einrichten. Warum es nicht dazu kam, kann heute offenbar keiner sagen. Der “Russenfriedhof” war nach damaligem Erkenntnisstand der größte Bremer Kriegsfriedhof. Und dennoch wurde diese Kriegsgräberstätte zwischen Mai 1946 und November 1948 mit Spülsand und Schlick der Weser vollständig überspült, offenbar um ihre Existenz zu verbergen.

Der Bremer Senat mit dem Kultursenator, Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD), hat nun die Landesarchäologin Prof. Uta Halle damit beauftragt, Grabungen vorzunehmen und eine Exhumierung und Umbettung zum Osterholzer Friedhof vorzubereiten. Was stört Sie daran?

Die ersten Opfer der Nazis wurden an dieser Stelle vor nun achtzig Jahren bestattet. Schon damals sah der perfide Plan des NS-Bausenators Fischer vor, dass die Leichname schnell verwesen sollten. Man wollte nach dem Krieg den Hafenbahnhof weiter ausbauen. Wir müssen davon ausgehen, dass sich hier kaum noch sterbliche Überreste befinden werden. Insofern ist die Aktion reine Augenwischerei für einen Persilschein. Tatsächlich ist das, was hier passiert, in unseren Augen völkerrechtswidrig. Wir haben uns die Einschätzung von Prof. Robert Heinsch eingeholt. Heinsch ist eine der führenden Kapazitäten im humanitären Völkerrecht weltweit. Er lehrt an der Universität Leiden in der Nähe von Den Haag und arbeitet eng mit dem Internationalen Roten Kreuz, der Initiatorin der Genfer Konventionen, zusammen. Demnach handelt es sich hier um eine Kriegsgräberstätte, selbst dann, wenn die Leichname verwest sein sollten.[3]

Der Landesarchivar Prof. Konrad Elmshäuser hat bestätigt, dass nicht alle Leichname umgebettet wurden. Mehr als 280 Leichname liegen nach seiner Erkenntnis hier noch. Wir gehen von weitaus mehr Leichnamen aus. Für eine Umbettung ist es nach nun achtzig Jahren einfach zu spät. Sie werden kaum etwas finden, was noch umgebettet werden könnte. Allenfalls Erkennungsmarken aus Blech. Leichnam und Boden sind durch den Verwesungsprozess eins geworden. Der Bremer Senat muss nun die Konsequenzen für die Verbrechen der Nazis und die Untätigkeit von achtzig Jahren tragen. Die schreckliche historische Prägung dieses Grundstücks lässt sich nicht mehr tilgen. Für die Bahnwerkstatt muss der Bremer Senat eine alternative Fläche finden.[4]

Sie haben eine Petition im Petitionssystem der Bremischen Bürgerschaft eingereicht. Sie fordern die Einrichtung einer Mahn- und Gedenkstätte an diesem Ort. Warum?

Die gegen sowjetische Kriegsgefangene verübten Verbrechen stehen bis heute im Erinnerungsschatten der Bundesrepublik. Alt-Bundespräsident Joachim Gauck hatte bereits angemahnt, dies zu ändern, und im Juni 2021 hat es Frank-Walter Steinmeier mit seiner beeindruckenden Karlshorst-Rede zum Überfall auf die Sowjetunion nochmals unmissverständlich gefordert.[5] Wir müssen für diese riesige Opfergruppe und die barbarischen Verbrechen endlich eine geeignete Form des Gedenkens finden. Die Geschehnisse um den sogenannten “Russenfriedhof” in Bremen zeigen, dass diese Verbrechen für alle Bremer sichtbar mitten in der Großstadt Bremen passierten und dass

wir Gefahr laufen, die letzten Zeugnisse dieser Verbrechen zu verlieren. Es reicht einfach nicht, die sterblichen Überreste nach Bremen-Osterholz zu bringen. Wir müssen täglich mit diesen Verbrechen konfrontiert werden. Hierfür benötigen wir die Orte, an denen die Verbrechen stattfanden, denn diese Orte sind mitten im Leben. Das ist bei den Stolpersteinen genauso. Leider weiß heute kaum noch jemand, dass hier in Bremen-Oslebshausen die größte Agglomeration von Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlagern in ganz Bremen war! Unsere Petition kann noch bis zum 16. Juli gezeichnet werden – auch von Nicht-Bremerinnen und Nicht-Bremern.[6]

Bundespräsident Steinmeier sagte in Karlshorst:

> “Wir sollten uns erinnern, nicht, um heutige und künftige Generationen mit einer Schuld zu belasten, die nicht die ihre ist, sondern um unserer selbst willen. Wir sollten erinnern, um zu verstehen, wie diese Vergangenheit in der Gegenwart fortwirkt. Nur wer die Spuren der Vergangenheit in der Gegenwart lesen lernt, nur der wird zu einer Zukunft beitragen können, die Kriege vermeidet, Gewaltherrschaft ablehnt und ein friedliches Zusammenleben in Freiheit ermöglicht.”

Sie stören sich insbesondere auch daran, dass hier “ausgerechnet” eine Bahnwerkstatt von der Firma Alstom errichtet werden soll. Warum?

Was wollen wir denn der Enkelgeneration sagen, wenn sie herausfinden, was mit dem Groß- oder Urgroßvater im Zweiten Weltkrieg in Bremen geschehen ist? Was wollen wir ihnen sagen, wenn sie dann keine würdige Kriegsgräberstätte vorfinden? Was wollen wir ihnen sagen, wenn sie stattdessen vor einer Bahnwerkstatt stehen – dort, wo ihre Angehörigen ermordet und verscharrt wurden? Angesichts der Shoa und der mörderischen Barbarei in der Sowjetunion verbietet sich die Ansiedlung ausgerechnet einer Bahnwerkstatt an diesem Ort. Hat doch die Bahn erst die Logistik für das massenhafte industrielle Morden ermöglicht. Das Unternehmen Alstom selbst ist dazu noch die Rechtsnachfolgerin von kriegsverbrecherischen Bahnherstellern wie der Linke-Hofmann-Werke, einem Unternehmen, das Zwangsarbeiter u.a. des KZ Groß-Rosen in Niederschlesien (heute Polen) einsetzte. Die von diesem Unternehmen produzierten Vieh- und Güterwaggons haben sich wie die Verbrennungsöfen und Gaskammern als Symbol für Shoa und Schreckensherrschaft der Nazis in das kollektive Gedächtnis eingeprägt.

Nun haben Sie einen Brief an Außenminister Maas geschickt, der in Bremen hohe

Wellen geschlagen hat.[7]

Wir sehen, dass der Bremer Senat unbeirrt an seinem Vorhaben festhält, eine durch das humanitäre Völkerrecht geschützte Kriegsgräberstätte mit einer Bahnwerkstatt zu bebauen. Unsere vielfachen Eingaben hierzu wurden bislang ignoriert oder abgetan. Es ist unsere Bürgerpflicht, die Stadt Bremen vor einer solchen fatalen Fehlentscheidung zu bewahren. Wir werden daher weiterhin alle Hebel in Bewegung setzen. Schlussendlich schützen wir damit auch die Mitglieder des Bremer Senats und der Bremischen Bürgerschaft. Auf eine übertriebene Empfindlichkeit können wir hier keine Rücksicht nehmen. Oder, wie US-Präsident Truman sagte: „If you can’t stand the heat, get out of the kitchen.“

Es geht hier um humanitäres Völkerrecht, es geht aber auch um Art. 1 des Grundgesetzes: “Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.” Dieser Schutzbereich geht über den Tod hinaus, damit entwürdigende Angriffe oder Erniedrigungen des Verstorbenen geahndet werden können. Hierfür gibt es den strafbewehrten § 168 Strafgesetzbuch “Störung der Totenruhe”. Das Gräbergesetz sichert den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft ein dauerndes Ruherecht zu. Hierdurch wirkt Art. 1 des Grundgesetzes für die Opfer ebenfalls ewig.

Zusammenfassend ist der Bremer Senat also aktuell sehenden Auges dabei, gegen Art. 1 des Grundgesetzes, § 168 Strafgesetzbuch, § 2 Gräbergesetz, die Genfer Konventionen und die Abkommen mit den Nachfolgestaaten der damaligen Sowjetunion zu verstoßen. Da sollte man besser nicht von “unerträglichen Entgleisungen” sprechen.

Was ich allerdings im höchsten Maße irritierend finde, ist, dass die Opposition bei diesem Thema nicht ihrer Aufgabe als parlamentarisches Korrektiv nachkommt. Das darf nicht das letzte Wort bleiben, die Aufarbeitung der Vergangenheit beginnt im Kleinen vor Ort. Und wer die Vergangenheit vergisst, hat keinen Kompass auf dem Weg in die Zukunft.

[«1] SPIEGEL.DE/GESCHICHTE/SOWJETISCHE-KRIEGSOPFER-IN-DEUTSCHLAND-DIE-GRAEBER-DER-NAMENLOSEN-A-1691FC18-BA41-404C-B6C9-91A42AD2C646

[«2] Zu den 300 Namen recherchieren die Aktivisten weiter – siehe: bremerfriedensforum.de/1349/aktuelles/Geplantes-Bahnbetriebswerk-in-Bremen-Oslebshausen-auf-dem-Massengrab-von-Kriegsgefangenen-und-Zwangsarbeitern/

[«3] Zur Einschätzung von Prof. Robert Heinsch – siehe:

bremerfriedensforum.de/1391/aktuelles/Verfolgt-der-Bremer-Senat-die-voelkerrechtswidrige-Bebauung-des-sogenannten-Russenfriedhofs-mit-einer-Bahnwerkstatt-in-Bremen-Oslebshausen/

[«4] Das Bremer Friedensforum und die Bürgerinitiative Oslebshausen und umzu fordern anlässlich des 76. Jahrestages der Kapitulation Deutschlands eine präzise und transparente Aufarbeitung der Geschichte des Gräberfelds sowjetischer Naziopfer, des sogenannten „Russenfriedhofs“ und der hier bestatteten Menschen. Dieser Ort ist eine Kriegsgräberstätte nach internationalen Abkommen. Hier sollte nun eine würdige Gedenkstätte errichtet werden. Siehe: bremerfriedensforum.de/1366/aktuelles/Buergerinitiative-Oslebshausen-und-umzu-Bremer-Friedensforum/

[«5] bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2021/06/210618-D-Russ-Museum-Karlshorst.html

[«6] petition.bremische-buergerschaft.de/index.php?n=petitionsdetails&s=1&c=date_public&d=DESC&b=0&l=10&searchstring=&pID=3595 und: bremerfriedensforum.de/1379/aktuelles/Bitte-Petitionen-mitzeichnen/

[«7] siehe: bremerfriedensforum.de/1391/aktuelles/Verfolgt-der-Bremer-Senat-die-voelkerrechtswidrige-Bebauung-des-sogenannten-Russenfriedhofs-mit-einer-Bahnwerkstatt-in-Bremen-Oslebshausen/